

Vereinbarung

**über den Bau der Gehwege in den Ortsdurchfahrten Damelang und Cammer sowie der
Herstellung der Beleuchtung der OA und OE Inseln im Zusammenhang mit der Baumaßnahme L
85 RW Damelang - Cammer
(L85 Abs. 80 ca. km 7,862 – ca. km 9,956, Netzknoten 3742 001 bis 3741 001)**

Zwischen dem	Land Brandenburg
vertreten durch das	Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
vertreten durch den	Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg
vertreten durch den	Vorsitzenden des Vorstandes

Dienststätte Potsdam
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam

nachstehend **„Straßenbauverwaltung“** genannt

und der Gemeinde Planebruch

vertreten durch das	Amt Brück
	Ernst-Thälmann-Straße 59
	14822 Brück
vertreten durch den	Amtsleiter

nachstehend **„Gemeinde“** genannt

wird folgende Vereinbarung getroffen:

I. Allgemeines

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, soll straßenbegleitend zur Landesstraße 85 vom Ortsteil Cammer bis zum Ortsteil Damelang der Gemeinde Planebruch ein einseitiger Zweirichtungsradweg (gemeinsamer Geh/Radweg) gebaut werden. Im Zuge der Baumaßnahmen wird in denen den Ortsdurchfahrten Cammer und Damelang vorgelagerten Bereichen jeweils eine Ortseinganginsel mit Querungshilfe hergestellt. Im Bereich der Ortseinganginseln wird für eine funktionale Anbindung zwischen Ort und gemeinsamen Geh- und Radweg, ein insgesamt ca. 100 m langer Gehweg – wovon sich ca. 3,5 m in der OD Cammer und ca. 22 m in der OD Damelang befinden - angeordnet. Die Ortseinganginseln werden im Auftrag der Straßenbauverwaltung beleuchtet.

- (2) Diese Vereinbarung wird zur Vorbereitung und Durchführung der Gemeinschaftsmaßnahme abgeschlossen. Beteiligt sind die Straßenbauverwaltung als Baulastträger der L 85 sowie die Gemeinde als Baulastträger der Gehwege und Seitenbereiche innerorts.
- (3) Art und Umfang der Maßnahme bestimmen sich nach den im Auftrag der Straßenbauverwaltung erstellten Ausführungsplanungen für den Straßenbau vom August 2025 durch das Ingenieurbüro Rudolf Drömer, Rheinstraße 1, 14974 Ludwigsfelde sowie der Beleuchtungsplanung vom August 2025 durch das Ingenieurbüro PIT, Verdistraße 8, 14513 Teltow.
- (4) Grundlage der Vereinbarung sind das Brandenburgische Straßengesetz (BbgStrG), die Ortsdurchfahrtsrichtlinie (ODR), die Ablösungsbeträge-Berechnungsverordnung (ABBV) und die sonst für die Straßenbauverwaltung geltenden Vorschriften und Richtlinien in der jeweils gültigen Fassung.

§ 2

Durchführung der Baumaßnahme

- (1) Die Baumaßnahme wird im gegenseitigen Einvernehmen der Vereinbarungspartner als Gemeinschaftsmaßnahme durchgeführt.
- (2) Die Straßenbauverwaltung ist für die Planung, Bauabwicklung, Bauüberwachung und Abrechnung der Straßenbauarbeiten einschließlich der Seitenbereiche und der Beleuchtung und der Begrünung zuständig. Die Gemeinde erhält die für sie relevanten Unterlagen vor Ausschreibung und Vergabe der Leistungen.
- (3) Die Baumaßnahme wird in Abschnitte untergliedert:
 - Abschnitt 0: Allgemeine Leistungen (AG: Straßenbauverwaltung)
 - Abschnitt 1: Verkehrssicherung (AG: Straßenbauverwaltung)
 - Abschnitt 2: Radwegbau und OE Inseln (AG: Straßenbauverwaltung)
 - Abschnitt 3: Gehwegbau (AG: Straßenbauverwaltung / Gemeinde)
 - Abschnitt 4: Beleuchtung OE - Inseln (AG: Straßenbauverwaltung)

Die Straßenbauverwaltung und die Gemeinde sind Auftraggeber für ihre jeweiligen Teilleistungen. Die Straßenbauverwaltung übernimmt die Durchführung des Vergabeverfahrens bis zur Zuschlagserteilung für die Gemeinschaftsmaßnahme. Die Zuschlagserteilung über alle Abschnitte erfolgt an den Bieter mit dem gesamtwirtschaftlichsten Angebot. Der Bieter muss die notwendigen fachlichen Qualifikationen nachweisen. Die Teilleistungen der Gemeinde werden im Namen und für Rechnung dieser durch die Straßenbauverwaltung vergeben.

- (4) SiGe-PLAN und Koordinator, eine Bauoberleitung und Bauüberwachung, Kontrollprüfungen und Vermessungen werden jeweils von der Straßenbauverwaltung für die Gemeinschaftsmaßnahme - auch im Namen der Gemeinde - beauftragt.
- (5) Federführend wird die Bauoberleitung durch die Straßenbauverwaltung abgesichert. Die Gemeinde benennt einen Verantwortlichen als Ansprechpartner für die Mitwirkung bei der Umsetzung der Baumaßnahme.
- (6) Die Gemeinde beauftragt und veranlasst den Neubau eines Löschbrunnens an geeigneter Stelle in unmittelbarer Nähe zu dem Brunnen im Bestand vor Beginn der Baumaßnahme, so dass die Versorgung im Schutzbereich weiterhin gewährleistet ist.

Die Außerbetriebnahme und der Rückbau des bestehenden Löschbrunnens erfolgen nach Herstellung und Abnahme des Neubaus (inkl. eindeutiger Kennzeichnung/Dokumentation). Die Abstimmung der technischen Ausführung (Zugänglichkeit, Entnahmemöglichkeit, Anfahrbarkeit, Beschilderung/Markierung) wird in einem gemeinsamen Ortstermin mit Gemeinde und Straßenbauverwaltung erfolgen.

- (7) Veränderungen gegenüber den bestätigten Ausführungsunterlagen während der Bauausführung sind zwischen den Vereinbarungspartnern im Rahmen der regelmäßigen gemeinsamen Baubesprechungen abzustimmen. Änderungen die eine Planungsfortschreibung zur Folge haben, müssen von der Straßenbauverwaltung freigegeben werden. Treten bei der Bauausführung Änderungen auf, so hat die Kosten dafür derjenige zu tragen, der sie verlangt oder hätte verlangen müssen.
- (8) Bei Anmeldung/Durchführung von Leistungen durch die Baufirma entsprechend der VOB/B § 2 Nr. 3, 5 oder 6 werden Nachträge zum Bauvertrag in der Regel durch die Straßenbauverwaltung vereinbart. Soweit sich die Nachträge auf Leistungen der Gemeinde beziehen, wird dazu vor der Erteilung des Benehmen mit der Gemeinde hergestellt. Die Straßenbauverwaltung übergibt zeitnah die vereinbarten Nachträge.
- (9) Nach Beendigung der Bauarbeiten erfolgt eine gemeinsame Abnahme. Die Straßenbauverwaltung lädt die Gemeinde rechtzeitig, mindestens 7 Tage vorher, ein. Nach Übergabe der Bauteile an die Gemeinde – hier gilt die Abnahmeverhandlung – teilt diese der Straßenbauverwaltung etwa auftretende Mängel im Rahmen der Mängelansprüche unverzüglich mit. Die Straßenbauverwaltung überwacht die Verjährungsfristen und macht Mängelansprüche gegenüber dem Auftragnehmer, auch namens der Gemeinde, für die gemäß § 2(3) im Auftrag vergebenen Leistungen bzw. für die künftig in der Baulast der Gemeinde übergehenden Bauteile geltend.
- (10) Ggf. erforderlicher Grunderwerb wird von der Straßenbauverwaltung in Abstimmung und mit Unterstützung der Gemeinde durchgeführt. Für die Flächen im Eigentum der Gemeinde wird hiermit Bauerlaubnis erteilt.

II. Kosten

§ 3

Kosten Fahrbahn, Geh/ Radweg, Gehwege und sonstige Seitenbereiche

- (1) Die **Straßenbauverwaltung** trägt die Kosten für:
 - den gem. Geh- / Radweg entlang der freien Strecke
 - die Ortseinganginseln
 - die Gehwege entlang der freien Strecke
 - die Entwässerungsmulden
 - die Wegweisung und Beschilderung
 - die Beleuchtung der OE-Inseln
- (2) Die **Gemeinde** trägt die Kosten für:
 - die Gehwege innerhalb der Ortsdurchfahrten

Zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes und der einfacheren Abrechnung erfolgt die Kostenteilung der Gehwege (Abschnitt 03) über eine Quote auf der Grundlage der in der jeweiligen Baulast stehenden Gehweglänge (61,5 m freie Strecke (Straßenbauverwaltung) und 3,5 m in der OD Cammer sowie 22 m in der OD Damelang).

Somit wird für den Abschnitt 03 folgende Quote als verbindlich festgelegt:

Straßenbauverwaltung: **70,70 %**
Gemeinde: **29,30 %**

Die für die Gemeinde anfallenden Straßenbaukosten betragen voraussichtlich **ca. 5,6 T€ brutto**. Die Kostenanteile werden mit Vergabe der Baumaßnahme an den Auftragnehmer konkretisiert. Die endgültigen Kostenanteile werden nach Aufmaß und Schlussrechnung der Baumaßnahme ermittelt.

§ 4 Änderungen von Versorgungsleitungen

- (1) Die Kostenregelung für die Änderungen und Sicherungen von Versorgungsleitungen und sonstigen Leitungen richtet sich nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen sowie im Übrigen nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen über die Folgekostenpflicht bei Versorgungsleitungen.
Für die Telekommunikationsleitungen gelten die Regelungen im Telekommunikationsgesetz (TKG).

§ 5 Schutzeinrichtungen, Ausgleichsmaßnahmen, Bodendenkmale

- (1) Die Kosten für die landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen trägt die Straßenbauverwaltung.
- (2) Die Straßenbauverwaltung erteilt, wenn erforderlich, den Auftrag und trägt die Kosten für die archäologische Begleitung von Bodendenkmälern.

§ 6 Grunderwerb

- (1) Die Straßenbauverwaltung führt den erforderlichen Grunderwerb auch im Namen der Gemeinde durch.
- (2) Die Grunderwerbskosten an der freien Strecke, einschließlich der Kosten für Beurkundungen, Pfandfreigabe, Vermessung und Vermarkung trägt die Straßenbauverwaltung.
- (3) Die Kosten für den Grunderwerb für den Gehweg in den Ortsdurchfahrten einschließlich der Kosten für die Beurkundungen, Pfandfreigabe, Vermessung und Vermarkung trägt die Gemeinde.

- (4) Die Gemeinde veranlasst vor Baubeginn den Rückbau und die Wiederherstellung eines Löschbrunnens (Baulast Gemeinde), welcher sich im Zuge der L 85 außerorts in Richtung Cammer im Seitenbereich bei km 9,518 befindet. Der Löschbrunnen wird im Zuge der Ausbaumaßnahme verdrängt und muss an anderer Stelle bzw. in anderer Bauweise zur Sicherstellung der Wasserversorgung im Brandfall für die anliegende Bebauung wiederhergestellt werden. Die Vereinbarungspartner kommen überein, dass die Kosten für den Rückbau und die Wiederherstellung des Löschwasserbrunnens, jeweils anteilig zu 50 % von der Straßenbauverwaltung sowie von der Gemeinde getragen werden.
- (5) Soweit ein Besitzeinweisungs-, Entschädigungs- oder Enteignungsverfahren für die Straßenbestandteile der Gemeinde notwendig werden, erteilt die Gemeinde hiermit die Vollmacht und den Auftrag zur Beantragung des Verfahrens. Für die Bemessung der Entschädigung beim Grunderwerb gelten die Grundsätze des Enteignungsrechts.

§7

Baustelleneinrichtung, Verkehrssicherung

- (1) Zur Verringerung des verwaltungstechnischen Aufwandes wird aufgrund der geringen Kostenteile der Gemeinde auf eine Beteiligung an den Allgemeinen Kosten und der Kosten für die Verkehrssicherung verzichtet. Der Straßenbauverwaltung entstehenden Mehraufwendungen sind mit den Verwaltungskosten (§10) abgegolten.
- (2) Die Kosten für die bauliche Herrichtung von Umfahrungen zur Verkehrsführung und die Umleitungskosten für die Baumaßnahme einschließlich aller daraus entstehenden Folgekosten trägt die Straßenbauverwaltung.

§ 8

Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen

Die Kostenregelung richtet sich nach § 5b Absatz 1 Straßenverkehrsgesetz (StVG). Die Kosten trägt danach grundsätzlich die Straßenbauverwaltung mit Ausnahme der in § 5b Absatz 2 StVG abschließend aufgeführten Positionen.

§ 9

Straßenbeleuchtung

- (1) Die Straßenbauverwaltung trägt die Herstellungskosten für die Beleuchtung der Ortseinganginseln aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht sowie deren Unterhaltungskosten (Energie- und Wartungskosten). Die Gemeinde übernimmt die Bau- und Unterhaltungslast der Beleuchtung (4 Leuchten je Insel, insgesamt 8 Leuchten) gegen Zahlung eines Ablösungsbetrages. Die Höhe des Ablösungsbetrages für die bauliche Unterhaltung einschließlich der Kosten für eine künftige Erneuerung wird auf der Grundlage der ABBV 2010 ermittelt.
- Die voraussichtliche Ablösungssumme in Höhe von ca. **46 T€ brutto** wird nach Fertigstellung anhand der endgültigen Herstellungskosten durch die Straßenbauverwaltung konkretisiert. Die Auszahlung des Ablösungsbetrages an die Gemeinde, erfolgt durch die Straßenbauverwaltung nach Rechnungslegung durch die Gemeinde.

- (2) Mit der Zahlung des Ablösungsbetrages sind sämtliche Forderungen der Gemeinde bezüglich der Unterhaltung und Erneuerung der Beleuchtung der Ortseinganginsel abgegolten. Die Gemeinde gewährleistet dann den durchgängigen Betrieb dieser Beleuchtung während der Dunkelheit einschließlich der Dämmerung, eine Nachtabstaltung ist also ausgeschlossen.
- (3) Die Gemeinde stellt die Straßenbauverwaltung von allen Ansprüchen auf Schadenersatz bzw. Entschädigung frei, soweit diese auf einer schuldhaften Verletzung der Verkehrssicherungspflicht durch unzureichende Unterhaltung oder Betrieb der Beleuchtung der betreffenden Fahrbahnteiler beruhen.
- (4) Die Beleuchtung der Ortseinganginseln wird in die kommunale Beleuchtung integriert und geht nach Abnahme in die Baulast der Gemeinde über. Die vertraglichen Regelungen zur Stromversorgung und Unterhaltung übernimmt die Gemeinde.

§ 10 Verwaltungskosten

- (1) Die Gemeinde wird mit 15% ihrer anteiligen Baukosten beteiligt. Damit sind alle Verwaltungskosten, wie z.B. Kosten für die Bauüberwachung, Oberbauleitung, Planungskosten und die Aufwendungen der Straßenbauverwaltung für Ausschreibung und Vergabe, für die getrennte Abrechnung, für die Beweissicherung, Kontrollprüfungen und Vermessung, den SiGe-Plan und Koordinator abgegolten.
Die Verwaltungskosten betragen voraussichtlich für die **Gemeinde ca. 900 € brutto**.

§ 11 Zahlungspflicht und Abrechnung

- (1) Die Vereinbarungspartner verpflichten sich, die nach dieser Vereinbarung auf sie entfallenden Kostenanteile zu übernehmen. Die Zahlung der anteiligen Baukosten erfolgt durch den jeweiligen Vereinbarungspartner direkt an den Auftragnehmer. Die Rechnungen für die Gemeinde werden von der Straßenbauverwaltung geprüft, abgezeichnet und zur fristgemäßen Zahlung weitergeleitet.
- (2) Die anteilige Kostenbeteiligung der Straßenbauverwaltung gem. § 6 für den Abbruch und die Wiederherstellung des Löschwasserbrunnens erfolgt nach Rechnungslegung und der Vorlage einer zahlungsbegründenden Unterlage durch die Gemeinde unter Angabe der Vereinbarungs-, Mittelbindungsnummer sowie der Kontoverbindung nach Abschluss der Fertigstellung.
- (3) Die Ablösungsbeträge für die Beleuchtung der Ortseinganginseln werden entsprechend der tatsächlich angefallenen Baukosten (nach Vorlage der geprüften Schlussrechnung der bauausführenden Firma) durch die Straßenbauverwaltung aktualisiert und sind der Straßenbauverwaltung durch die Gemeinde unter Angabe der Vereinbarungs- und Mittelbindungsnummer mit Angabe der Kontoverbindung in Rechnung zu stellen.
- (4) Die Kostenanteile werden nach erfolgter Vergabe der Baumaßnahme an den Auftragnehmer konkretisiert. Die endgültigen Kostenanteile werden nach Aufmaß und Abrechnung der Baumaßnahme ermittelt.

III. Sonstige Regelungen
§ 12
Baulast nach Fertigstellung

- (1) Die Baulast an den fertiggestellten Straßenteilen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Es besteht zwischen den Vereinbarungspartnern Übereinstimmung, dass **die Gemeinde** die Bau- und Unterhaltungslast übernimmt für:
 - die Gehwege innerhalb der Ortsdurchfahrten
 - die Beleuchtung der Ortseinganginseln entsprechend der Regelungen aus § 9 der Vereinbarung
 - den Löschbrunnen bei km 9,518

Die Straßenbauverwaltung übernimmt die Bau- und Unterhaltungslast für:

- die Fahrbahnen der L 85
 - den gem. Geh- und Radweg außerorts an der freien Strecke
 - die Gehwege an der freien Strecke
 - die Fahrbahnteiler und Querungshilfen
 - die Entwässerungsmulden
 - die Wegweisung, Beschilderung und Markierung
- (3) Nach Fertigstellung der gemeinschaftlichen Baumaßnahme oder abgeschlossener Teile davon übergibt die Straßenbauverwaltung der Gemeinde die in deren Baulast stehenden Straßenteile sowie die vom Auftragnehmer erstellte Bestandsdokumentation sobald diese der Straßenbauverwaltung vorliegt.

§ 13
Steuerklausel

- (1) Soweit im Vertrag nicht anders benannt, gehen die Parteien übereinstimmend davon aus, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts in der Rechtslage bis zum Ende des Übergangszeitraums gem. § 27 Abs. 22, 22a UStG (weitere Anwendung des § 2 Abs. 3 UStG a.F.) ihre im Vertrag benannten Leistungen nicht als Unternehmer ausführen. Zudem gehen die Parteien übereinstimmend davon aus, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts in der Funktion als Straßenbaulastträger ihre im Vertrag benannten Leistungen gegenüber anderen Straßenbaulastträgern auch nach Ende des Übergangszeitraums nicht als Unternehmer ausführen (§ 2 Abs. 1 i.V.m. § 2b Abs. 1 UStG). Diese Leistungen sind folglich nicht umsatzsteuerbar und unterliegen nicht der Umsatzsteuer.
- (2) Kann sich eine juristische Person des öffentlichen Rechts zukünftig nicht mehr auf die Anwendung des § 2b UStG berufen und ist sie auch nach anderen Vorschriften nicht als Nichtunternehmer tätig oder zeigt sie ihre Unternehmereigenschaft gegenüber dem Vertragspartner an, sind die von ihr erbrachten Leistungen umsatzsteuerbar und entsprechend der gesetzlichen Regelungen ggf. umsatzsteuerpflichtig. Darüber hinaus behält sich der Leistende das Recht vor, – soweit gesetzlich zulässig – auf eine Umsatzsteuerfreiheit zu verzichten (Option nach § 9 UStG). Der Verzicht ist dem Vertragspartner schriftlich anzuzeigen.

- (3) Ist eine vertragliche Leistung umsatzsteuerpflichtig, so verstehen sich die in diesem Vertrag als Bruttokosten ausgewiesenen Entgelte einschließlich der gesetzlich geschuldeten Umsatzsteuer. Sofern Kostenberechnungen auf Nettobasis bestimmt werden, tritt die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer hinzu. Haben die Parteien dabei lediglich die Weiterberechnung der bei Ausführung der Leistung entstehenden Kosten vereinbart, ist das Leistungsentgelt ggf. nachträglich anzupassen, soweit der Leistende einen Vorsteuerabzug geltend machen kann. Satz 3 gilt nicht für die Verwaltungskostenpauschale, da die einzelnen Kostenbestandteile nicht eindeutig der Ausgangsleistung zugeordnet werden können.
- (4) Sollten Finanzverwaltung oder ein zuständiges Gericht eine abweichende umsatzsteuerliche Einschätzung der Leistungen nach diesem Vertrag vertreten, wird der Leistende dem Leistungsempfänger eine (korrigierte) Rechnung nach Maßgabe des § 14 UStG ausstellen. Ein daraus resultierender (höherer) Umsatzsteuerbetrag ist vom Leistungsempfänger zusätzlich zu zahlen, soweit der Leistende die Umsatzsteuer gegenüber dem Finanzamt schuldet. Die Ausgleichspflicht gilt bei einer Verminderung der Umsatzsteuer für den Leistenden entsprechend. Die Zahlung wird fällig nach Ablauf von zehn (10) Bankarbeitstagen nach Erteilung einer (korrigierten) Rechnung, die den Anforderungen des Umsatzsteuergesetzes entspricht.

§ 14 **Schriftform und Ausfertigung**

- (1) Änderungen und Ergänzungen zu dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.
- (2) Diese Vereinbarung wird zweifach ausgefertigt. Die Gemeinde und die Straßenbauverwaltung erhalten je eine Ausfertigung.
- (3) Die Unwirksamkeit einzelner Vereinbarungsbestimmungen berührt die Gültigkeit des übrigen Vereinbarungsinhaltes nicht. Unwirksame Bestimmungen sind durch Vereinbarungen zu ersetzen, die dem ursprünglich Gewollten möglichst nahekommen; die Parteien verpflichten sich weiter, evtl. außer Acht gelassene Formbedürfnisse durch Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Formen nachzuholen.

Für die Straßenbauverwaltung

Für die Gemeinde

Potsdam, den

Brück, den

Im Auftrag

Dr. Sven Gottschalkson
Regionalleiter West

Matthias Ryll
Amtsleiter

Anlagen:

- 1: Übersichtskarte
- 2: Lagepläne
- 3: Beleuchtungspläne
- 4: Kostenteilungstabelle
- 5: Ablösungsberechnung